

Einleitung

Gesellschaftlicher Hintergrund

In Deutschland werden seit 2015 verstärkt demokratiefeindliche Einstellungen sichtbar (Decker u. a. 2018; Zick u. a. 2019), die in Teilen der Bevölkerung zu menschenfeindlichen Haltungen und zur Ablehnung demokratischer Institutionen führen. Doch nicht erst seit der „Flüchtlingskrise“ sind rassistische Ressentiments öffentlich in lange nicht gesehener Weise auf dem Vormarsch und rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Parteien gewinnen an Zustimmung – nicht nur in Ostdeutschland, sondern im gesamten Bundesgebiet; auch in den Ländern der Europäischen Union. Erinnert sei hier an die Wahlerfolge des rechtsextremen *Front National* in Frankreich oder der FPÖ in Österreich, der PiS in Polen und der *Fidesz*-Partei und der *Jobbik*-Partei in Ungarn, der *Schwedendemokraten* in Schweden und der *Partij voor de Vrijheid* des Rechtsextremen Geert Wilders in den Niederlanden. Trotz des Anwachsens offen sichtbarer Menschenfeindlichkeit in der gesamten Republik und in Europa, steht insbesondere der Osten im Fokus der öffentlichen Debatten. Erste Untersuchungen zu Phänomenen wie der inzwischen unverkennbar völkisch sich gerierenden Pegida-„Bewegung“ in Dresden hat es zwar gegeben (Vorländer u. a.; Walter u. a. 2016), jedoch ohne tiefgreifende Erkenntnisse zur Situation speziell in Sachsen bzw. Ostdeutschland herzubringen.

In der vorliegenden Untersuchung wird beispielhaft die Situation in Marzahn-Hellersdorf, dem Standort der Alice Salomon-Hochschule untersucht. Vor allem aber ist der ehemalige Ost-Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf interessant, nicht nur wegen der im Berliner Vergleich auffällig hohen Wahlergebnisse für rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien bei konstant niedriger Wahlbeteiligung (Bundeswahlleiter 2017, 2019), sondern auch weil der Bezirk in den vergangenen Jahren aufgrund starker rechtsextremer Mobilisierung gegen Migrant_innen und steigender rechtsextremer Angriffe gegen Menschen und Flüchtlingsunterkünfte (Hannemann 2015, 2016, Peters 2017, 2018) die Aufmerksamkeit der medialen Öffentlichkeit auf sich zog. Mit der Einrichtung einer Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen im Jahr 2013 begannen antidemokratische Aktionen bis hin zu rassistisch moti-

vierten Übergriffen. Nur durch starken Einsatz der Zivilgesellschaft, die zu Gegendemonstrationen mobilisierte und Hilfen zur Unterstützung der neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger organisierte, konnte der Prozess teilweise zurückgedrängt und im Laufe der Zeit befriedet werden. Als Reaktion auf diese Entwicklungen gründete sich aus der bezirklichen demokratischen Zivilgesellschaft heraus 2014 ein bis heute sehr aktives „Bezirkliches Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“, in dem verschiedenste Akteure aus Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirche, Verwaltung etc. zusammenarbeiten.¹

Lange hatte es bis 2013 in Marzahn-Hellersdorf wie in vielen anderen Teilen der Republik so geschienen, als seien rechtsextreme, antidemokratische und rassistische Vorfälle aus dem Gemeinwesen weitgehend verbannt – obwohl es durchaus Stimmen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft gegeben hatte, die vor dieser trügerischen Ruhe warnten. Insofern kam das Wiederaufflammen rechtsextremer Mobilisierung nicht völlig überraschend. Schnell wurde auch deutlich, dass eine ausschließliche Fokussierung auf rechtsextreme Netzwerke, Akteure, Mobilisierung und Propaganda nicht ausreichen, um das Wiedererstarken des Rechtsextremismus im Bezirk zu verstehen. Der Rechtsextremismus ist immer so stark oder schwach, wie das demokratische Gemeinwesen stark oder schwach ist ebenso die gesamtgesellschaftliche Situation für den Rechtsextremismus in Öffentlichkeit und Wahlergebnissen förderlich oder eher ungünstig ist.

Die ‚öffentliche Hand‘ ist (auch schon vor 2013) durchaus nicht untätig geblieben: Bis zum heutigen Tage haben eine Reihe von Aktivitäten und Maßnahmen zur Rechtsextremismusprävention und zur Demokratieentwicklung dazu beigetragen, die demokratische Zivilgesellschaft im Gemeinwesen Marzahn-Hellersdorf zu stärken. Zu nennen sind hier u. a. die vom Bezirk finanzierte *Bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf – Polis**, durch Bundesmittel unterstützten *lokalen Aktionspläne*, später die *Partnerschaften für Demokratie* in Marzahn und Hellersdorf, die u. a. mit Geldern des Berliner Senats finanzierten lokalen Projekte *„Berlin entwickelt neue Nachbarschaften – BENN“* und vergleichbare Projekte. Es ist bislang unzureichend untersucht, wie es trotz dieser großen Anstrengungen zu einer Wiederkehr und einem Neuaufflammen dieser Haltungen und Einstellungen kommen konnte.

¹ Website des Bündnisses, das sich inzwischen als eingetragener Verein konstituiert hat. <http://buendnis.demokratie-mh.de/>.

Im hier beschriebenen Forschungsprojekt wurden am Beispiel des Bezirks Marzahn-Hellersdorf die Beweggründe für „Politikverdrossenheit“ und Demokratieferne untersucht, um auf dieser Grundlage mittel- und langfristige Strategien im Umgang mit dem beschriebenen Phänomen einleiten zu können. Zugleich rückten aus den oben genannten Gründen nicht nur rechtsextreme bzw. antidemokratische Einstellungen und Verhaltensweisen in den Fokus, sondern auch Einstellungen und Verhaltensweisen, die den Geschehnissen im Gemeinwesen indifferent gegenüberstehen oder sich positiv auf eine demokratische Entwicklung beziehen.

Lange vor der Auseinandersetzung um das Wohnheim für asylsuchende Menschen hat das Forschungsteam unter der Leitung von Prof. Dr. Heinz Stapf-Finé und Prof. Dr. Michael Brodowski ein Projekt zur sozialräumlichen Demokratieentwicklung initiiert, welches für ein Jahr von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin gefördert worden war. Aus diesem Projekt liegt ein Bericht (Bever u. a. 2015) vor, welcher die Vorstudie zu dem aktuellen Projekt darstellt. Untersucht wurden die Sozialstruktur des Bezirks und die Angebote im Hinblick auf Partizipation und Engagement. Aus der Befassung mit dem Stand der Qualität sozialräumlicher Demokratie einerseits und mit antidemokratischen Phänomenen und alltagsrassistischen Aktivitäten andererseits wurde deutlich:

- Es gibt zwar vielfältige Angebote zur Stärkung von Engagement und Bemühungen um eine gute Vernetzung. Allerdings gelingt den Akteuren eine Orientierung an den Bedürfnissen der Zielgruppen nur unzureichend.
- Zudem ist noch nicht ausreichend untersucht, wie es nach dem jahrelangen Zurückdrängen antidemokratischer Bestrebungen im öffentlichen Raum zu einem erneuten Aufflammen kommen konnte.

Forschungsleitende Fragestellungen

In dem Nachfolgeprojekt, ebenfalls gefördert durch Mittel der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin, wurde untersucht, welche Beweggründe für unterschiedliche Gruppen der Bevölkerung maßgeblich sind, sich vom (demokratischen) Gemeinwesen abzuwenden und/oder sich für antidemokratische / menschenfeindliche Ressentiments zu öffnen. Forschungsleitende Fragestellungen waren hierbei:

1. Welche Alltagstheorien, ideologischen Fragmente und biografische Erfahrungen liegen hinter Haltungen und Handlungsmustern von Bevölkerungsgruppen, die a) für das demokratische Gemeinwesen engagiert sind, b) sich aus dem Gemeinwesen eher zurückgezogen haben und /oder c) mehr oder weniger offen / öffentlich für antide-mokratische Ressentiments anfällig sind?
2. Mit welchen Haltungen und Handlungsstrategien reagieren diese Bevölkerungsgruppen auf sozioökonomische / sozialpolitische Fra-gestellungen und Verwerfungen?
3. Welche Verknüpfungen formaler und informeller Lernprozesse sind mit Blick auf die Ausbildung demokratischer Denk- und Hand-lungsmuster förderlich oder hinderlich?
4. Welche Handlungsoptionen und Vorgehensweisen ergeben sich aus den Antworten auf die Fragen für die Akteure im Gemeinwesen?

Die Ergebnisse wurden im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf gewonnen. Der Bezirk ist hinsichtlich seiner sozialräumlichen, historischen wie städte-baulichen Begebenheit als beispielhaft für andere (ostdeutsche, urbane) Kom-munen zu verstehen.

In einem ersten Schritt werden am Beispiel des Bezirks Marzahn-Hellers-dorf „rechtspopulistische“ (d. h. demokratiefeindliche, völkische, gruppenbe-zogen menschenfeindliche, antipluralistische etc.) Handlungs- und Sprech-muster kategorial erfasst sowie entsprechendes Wahlverhalten untersucht. Hierzu wurden die Wahlergebnisse zur Abgeordnetenhaus- und Bezirks-wahl vom 18.09.2016 analysiert, Sekundäranalysen anhand von Materialien der Forschungsgruppe Wahlen und von Infratest dimap durchgeführt. Die Ergebnisse bildeten die Grundlage bzw. den Ausgangspunkt für weitere quan-titative und qualitative Befragungen. Die Erkenntnisse wurden in einem Zwi-schenbericht (Hannemann u. a. 2017) festgehalten. Im Zwischenbericht sind ferner erste Hypothesen zu sozialpsychologischen, historischen, sozioökono-mischen, soziokulturellen Ursachen (unter besonderer Rücksichtnahme der ostdeutschen Transformationsprozesse nach dem Ende der DDR) aufgestellt.

Im Rahmen des Zwischenberichts wurden Handlungsempfehlungen für die Vertreterinnen und Vertreter demokratischer Institutionen gegeben zu den Fragen:

Welche Bürgerinnen und Bürger entwickeln demokratiefeerne Auffas-sungen, welche Merkmale weisen sie aus, welche Erwartungen haben sie an die demokratischen Institutionen und ihre Repräsentanten?

Wie können Wählerinnen und Wähler rechtspopulistischer Parteien erreicht werden, mit welchen Argumenten und Emotionen, von welchen Personen bzw. Organisationen?

Für den Zwischenbericht wurde zudem eine Probeerhebung für die quantitative Befragung vorgenommen. Ziel war die Erprobung der Einteilung der Befragten in unterschiedliche Gruppen in Abhängigkeit von den Haltungen und Einstellungen hinsichtlich der Demokratie als Prinzip und ihrer Umsetzung. Hierzu wurde eine Stichprobe von 41 Jugendlichen in vier Jugendfreizeiteinrichtungen befragt. Die Probeerhebung wurde aus Gründen der Forschungseffizienz, vor allem aber aus inhaltlich-methodischen Erwägungen durchgeführt. So ermöglichte uns die Kooperation mit dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf die Befragung von Jugendlichen in Jugendfreizeiteinrichtungen (JFE) über den städtebaulich, soziokulturell und sozioökonomisch äußerst vielfältigen Bezirk. Viel entscheidender war jedoch die Überlegung, dass in den meist in freier Trägerschaft befindlichen und daher konzeptuell vielfältigen JFE sich auch die Vielfalt des Bezirkes sowohl geografisch-sozialräumlich als auch sozioökonomisch-soziokulturell abbildet. Die Jugendlichen verschiedenen Alters vereinen in ihren Positionen, die sie vor allem im Alter der Adoleszenz auf der Basis der Haltungen ihrer Eltern, Großeltern, Lehrer_innen, ihres Medienkonsums etc. bilden, einen individuell-jugendlich ‚gefilterten‘ intergenerationalen Zugang zu Einstellungen und Verhaltensprädispositionen in der Gesamtheit der Bevölkerung. Eine ausführliche Beschreibung der Ergebnisse erfolgte im Zwischenbericht (vgl. Hannemann u. a. 2017, S. 6–25), eine kurze Zusammenfassung für das gesamte Sample von 75 Jugendlichen findet sich in den Handlungsempfehlungen im vorliegenden Band.

Im Mittelpunkt des weiteren Verlaufs der Untersuchung stand die Fragestellung, *mit welchen Haltungen und Handlungsstrategien unterschiedliche Gruppen der Bevölkerung auf soziale Fragestellungen und Verwerfungen reagieren*. Hierbei sind vor allem die diesen Strategien zugrundeliegenden subjektiven Theorien und die dahinterliegende biografische Erfahrungen zu ergründen, da beide die Einordnung und (Be-)Wertung erlebter (und schlussendlich auch konstruierter) Lebenswirklichkeit maßgeblich beeinflussen. Auf der anderen Seite war herauszufinden, was für das Gemeinwesen aktive Menschen zur Mitarbeit motiviert. Schließlich ist für eine weitere Gruppe von Zurückgezogenen die Motivlage zu untersuchen, warum sie nicht partizipieren bzw. unter welchen Bedingungen sie aktiv werden würden.

Methodisches Vorgehen

Wir haben uns entschieden, der Fragestellung in einem zweistufigen Verfahren nachzugehen. In einer ersten Stufe sollte anhand eines quantitativen repräsentativen Fragebogensurveys u. a. nach politischen Einstellungen, Parteienpräferenz, alltäglichem Konfliktverhalten, sozioökonomischer und geografischer Lage etc. gefragt werden.

Den theoretischen Hintergrund für die Entwicklung des quantitativen Fragebogens bildeten Erkenntnisse der **Einstellungsforschung**. Bereits in den 1940er Jahren haben insbesondere die Einstellungsforschung des im Exil arbeitenden Frankfurter Instituts für Sozialforschung grundlegende Standards zur Ressentimentforschung gesetzt, die auch für die hier avisierte Fragestellung wichtiges Vorbild ist. Im Rahmen der „Studien zum autoritären Charakter“ entwickelten Theodor W. Adorno und weitere Sozialempiriker_innen grundlegende Theorie- und Forschungsdesigns zur Einstellungsforschung; zu nennen ist hier die „F-Skala“ sowie das Phänomen der „autoritären Persönlichkeit“. (Adorno u. a. 1973). Die heute u. a. vom Leipziger Forschungsteam um die Sozialpsychologen Oliver Decker und Elmar Brähler (Decker u. a. 2018) fortgeführte Tradition der Autorismusforschung lieferte zum Erstellen des Fragebogens gut erprobte Messinstrumente, u. a. Elemente aus der sog. F-Skala.

Die Studien zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit unter der Leitung von Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer² analysierten seit 2002 die Entwicklung menschenfeindlicher Einstellungen im Zeitverlauf.

Die sog. Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung³, die zuerst von der Leipziger, dann der Bielefelder Gruppe regelmäßig durchgeführt worden sind, knüpfen an diese Forschungslinien an und zeigen auf, wie stark solche Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft verbreitet sind. Darüber hinaus sind weitere Erkenntnisse zu extrem rechten Einstellungen aus den Studien von Decker u. a. (2008, 2016, 2018) sowie Stöss (2010) zu berücksichtigen.

Die Einstellungsforschung hat den Vorzug, die Einstellungen der Bevölkerung zu messen und über einen längeren Zeitraum zu dokumentieren. Die Frage nach dem „Wie“ wird also gut erklärt. Zu der Frage nach dem „Warum“ gibt es eine Reihe von Erklärungsversuchen, welche die Vielfalt der Sozialwissenschaften widerspiegeln (Pfahl-Traughber 1998). An dieser Stelle setzte

² http://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/GMF_Survey.html

³ <http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/>

die eigene Untersuchung ein, diese erfordert neben einer Fragebogenuntersuchung ein qualitatives Vorgehen.

Daher wurde in einer zweiten Stufe qualitativ vorgegangen, um herauszufinden, welche Denkstrukturen bzw. mentalen Modelle unter den Phänomenen Demokratienähe und -distanz liegen. Erfasst werden sollten subjektive Theorien bzw. biografisch geprägte Interpretationsmuster einzelner Teilnehmender, um zu verstehen, „was sie bewegt und warum sie die Sachverhalte sehen, wie sie sie sehen...“. Als ein Modell wurde die **Erhebung bzw. Rekonstruktion subjektiver Theorien** nach Scheele/Groeben (1988, 1992, 2010), Feldmann (1979), Holzkamp (1985) und Markard (2000, 2009) herangezogen. Um subjektive Interpretations- und Handlungsmuster rekonstruieren und verstehen zu können, stand das Individuum „als Experte und Theoretiker seiner selbst“ (Schütze 1983, S. 285), d. h. die „Kognitionen des Alltagsmenschen“ (Christmann u. a. 1999, S. 138f.) bzw. „die eigentheoretischen, argumentativen Einlassungen des Informanten“ (Schütze 1983, S. 286) im Fokus des Interesses.

Subjektive Interpretationsmuster sind nicht festgefügt und müssen nicht realen Verhältnissen entsprechen, im Gegenteil sind sie vor dem Hintergrund individueller biografischer Erfahrungen oft informell erworbene, und durch Interpunktionen (vgl. Watzlawick u. a. 1990) verfestigte Strukturen der Interpretation von konstruierter Wirklichkeit. Grundsätzlich verweisen subjektive Theorien auf gesellschaftliche Bedingungen, Bedeutungen und die Art und Weise, wie diese für die einzelnen Menschen in ihrer (alltäglichen) Lebenslage und -situation relevant sind (vgl. Holzkamp 1985) – und biografisch waren. Das Individuum erfährt und interpretiert soziale Wirklichkeit durch den ‚Filter‘ der wiederum durch Erfahrung geprägten Wahrnehmung. In die Wahrnehmung selbst und in die eigenen Interpretationsweisen der Wirklichkeit, die dann zu Handlungen motivieren, schreibt sich zugleich das Kollektive der Sozialwelt ein (gesellschaftliche Verhältnisse, Generationenspezifisches, Milieuspezifisches, Geschlechtsspezifisches, Diskurspezifisches). Auf Basis dieser Annahme einer Homologie zwischen gesellschaftlich-biografisch ausgebildeten subjektiven Theorien und Wahrnehmungsmustern auf der einen und historisch-gesellschaftlichen Entwicklungen der Sozialwelt auf der anderen Seite ruht die erkenntnistheoretische Überzeugung, mittels offen narrativer Interviews (Schütze 1976, 1977, 1983, 1984) nicht nur Aussagen über subjektive Interpretationsmuster, sondern auch über die objektive Wirklichkeit treffen zu können.

Die Auswahl der Interviewpartner erfolgte nach dem Vorbild der Studie der Leipziger Forschungsgruppe „Ein Blick in die Mitte“ (Decker u. a. 2008),

die ihre quantitativen Erhebungen der Mitte-Studien hier um eine qualitative Studie ergänzten. Ähnlich sollten auch in der hier vorgestellten Studie in einem **geschichteten Stichprobenverfahren** Interviewpartner_innen aus dem Feld der Umfrageteilnehmenden für eine qualitative Phase gewonnen werden. Zunächst wurde nach dem Zufallsprinzip ein Einstellungsfragebogen unter 2000 volljährigen Anwohner_innen des Bezirkes postalisch verteilt. Aus dem Antwortverhalten wurden Demokratiegruppen gebildet. Zur Erfassung der Demokratiegruppen wurde ein Messinstrument weiterentwickelt, welches für Untersuchungen des Deutschen Jugendinstituts hinsichtlich der Haltung junger Menschen zur Demokratie genutzt wurde (Rijke u. a. 2006). Es ergab sich ein Rücklauf von 363 ausgefüllten Fragebögen. Von den Befragten gaben über sechzig an, für vertiefende Interviews zur Verfügung zu stehen. Schließlich wurden von April bis August 2018 insgesamt 30 narrative Einzelinterviews geführt.

Arbeitshypothesen zur Typisierung von Haltungen, Einstellungen und Handlungsweisen zur Demokratie

Im Zwischenbericht „Demokratienähe und -distanz“ (Hannemann u. a. 2017, S. 33–59) wurde eine Typisierung von Gruppen hinsichtlich der Einstellungen und des Verhaltens zur Demokratie vorgenommen und erste Überlegungen zu gruppenspezifischen Empfehlungen im Hinblick auf die Weiterentwicklung des demokratischen Gemeinwesens formuliert (vgl. Hannemann u. a. 2017, S. 60–77).

Ausgangspunkt der Überlegungen bildeten quantitative Erhebungen des Deutschen Jugendinstituts München (DJI), das in den 1990er und 2000er Jahren in einem dreistufigen Jugendsurvey (1992, 1997, 2003) die Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zur Demokratie in West- und Ostdeutschland untersuchte (de Rijke u. a. 2006). Befragt wurden die Survey-Teilnehmer_innen zum einen nach ihrer Einstellung zur Demokratie als Idee und zum anderen nach ihrer Einschätzung der Umsetzung des Ideals der Demokratie in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit (de Rijke u. a. 2006, 337). Das DJI ermittelte hinsichtlich der Einstellung zur Demokratie vier Typen (ebd., 338). (1.) Zufriedene Demokraten, welche die Idee der Demokratie befürworteten und mit der Umsetzung in Deutschland zufrieden sind, (2.) Demokratiedistanzierte, welche die Demokratie als Idee ablehnen und (3.) kritische Demokraten, welche die Demokratie als Idee befürworteten,

mit der Umsetzung in der Bundesrepublik aber nicht zufrieden sind: Letztere sind im Hinblick auf politisches Interesse noch einmal zu unterscheiden zwischen „kritisch-politischen Demokraten“ und „kritisch-unpolitischen Demokraten“ (ebd. 338).

Davon ausgehend wurde zur hypothetischen Bildung der Typologie der multidimensionale Demokratie-Begriff nach Dewey und Himmelmann zur Grundlage einer neuen Typologie genommen., d.h. die Einstellung zur Demokratie wurde differenzierter erfasst. Die Typen wurden auf Basis der von John Dewey geprägten Grundauffassung, dass Demokratie „more than a form of government“ sei, sondern „primarily a mode of associated living, of conjoint communicated experience“ (Dewey 1916, S. 101), und der von Gerhard Himmelmann (Himmelmann 2004, S.7) beschriebenen drei Dimensionen der Demokratie entwickelt. Danach ist Demokratie als *Herrschaftsform* (meint eine demokratische Organisationsweise von Macht und Entscheidungsprozessen im Gemeinwesen), *Gesellschaftsform* (meint ein System aus Routinen, Institutionen, Handlungsstrukturen) und *Lebensform* (meint eine kollektive demokratische, d.h. an bestimmte Werte und Einstellungen gebundene Alltagpraxis) zu verstehen (ebd.).

Demokratieaffine Gruppen

Hohe Zustimmungswerte zu allen drei Dimensionen der Demokratie machen die Gruppe der Demokratieaffinen aus. Allerdings sind *Demokratieaffinität* und *Demokratieaktivität* nicht deckungsgleich, d.h. *Demokratieaffinität* führt nicht in jedem Fall zu *Aktivität*. Demokratieaktive sind nicht nur affin, sondern beteiligen sich an demokratischen Prozessen, d.h. sie sind gesellschaftlich und im Sinne demokratischer Prinzipien und „Werte“ aktiv, engagiert (oder waren dies in der Vergangenheit). Konventionelles Engagement in einer politischen Partei, in Gewerkschaften und Kirchen, in Eltern- und Schülerräten, in NGOs etc. sind im Begriff *Demokratieaktivität* ebenso enthalten wie der persönliche Einsatz im Ehrenamt, bei Spendenaktionen, in Vereinen (etwa in Sportvereinen), aber auch situatives Verhalten im täglichen Leben, in Konfliktsituationen, auf der Arbeit, in der Familie, in der Partnerschaft, im Freizeitbereich, beim Konsumieren etwa von Kultur und Medien etc. All diese und weitere unzählige Aspekte und Faktoren menschlich-gesellschaftlicher Aktivität prägen ein Gemeinwesen und geben ihm einen demokratischen (oder undemokratischen) Charakter.

Sind Demokratieaffine mit der Umsetzung der Demokratie in Deutschland zufrieden, werden sie als zufriedene Demokrat_innen bezeichnet. Die *zufriedenen Demokrat_innen* identifizieren sich mit den Idealen der Demokratie ebenso wie mit ihrer Umsetzung in der Bundesrepublik. Sie „verfügen über hohes Bildungskapital und vertrauen den politischen Institutionen und Akteuren. Sie haben stärker als alle anderen Gruppen den Eindruck, einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten. Ihre Zufriedenheit verbindet sich nicht mit politischer Passivität, sondern sie sind in hohem Maße bereit, ihre demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten wahrzunehmen.“ (de Rijke u. a. 2006, 349)

Sind sie mit der Umsetzung nicht zufrieden, werden sie als kritische Demokraten bezeichnet. Sollte ein gewisses Maß an Politikinteresse oder Engagement vorliegen, werden sie als kritisch-politische Demokraten bezeichnet, ansonsten als kritisch-unpolitische.

Mit der Kategorie der *kritischen Demokrat_innen* sind diejenigen erfasst, „die die Idee der Demokratie befürworten, aber der Realität der Demokratie skeptisch gegenüberstehen“ (ebd.), wobei der DJI-Studie zufolge höhere und zahlreichere Bildungsressourcen tendenziell „kritisch-politische Haltungen zur Demokratie [wahrscheinlicher machen]; letztere kommen auch in hoher Bereitschaft zu unterschiedlichsten Formen der politischen Partizipation zum Ausdruck.

Die *kritisch-politischen Demokraten* können damit als ein Potenzial für Verbesserungen im Prozess der Demokratie angesehen werden“ (ebd. S. 350). Dagegen zeigen *kritisch-unpolitische Demokraten* ein geringeres „Politikinteresse“ und eine geringe „subjektive politische Kompetenz“ (ebd.).

Insofern wird dem Vorbild der DJI-Studie gefolgt und es ergeben sich zunächst dieselben Demokratiegruppen, aber anhand eines stärker differenzierten Verständnisses von Demokratie:

- *zufriedene Demokrat_innen*
- *kritisch-politische Demokrat_innen*
- *kritisch-unpolitische Demokrat_innen*

Somit verfolgte die Typbildung das Erkenntnisziel, ein dualistisches Verständnis von *Demokraten vs. Antidemokraten* zu vermeiden. Zudem ist der Versuch unternommen worden, stärker als in dem Vorbild die Gruppe der Demokratiedistanzierten zu charakterisieren.

Demokratiedistanzierte Gruppen

Anders als beim Vorbild der DJI-Studie wurde die Gruppe der Distanzierten weiter differenziert. Der Begriff der Demokratiedistanz wurde nicht synonym mit Begriffen wie Politik- bzw. Parteienverdrossenheit verwendet (Stocker 2014). Zugleich sollte er einem dualistischen Verständnis von „guten“ Demokrat_innen und „bösen“ Demokratiedistanzierten entgegenwirken und verdeutlichen, dass Gründe bzw. Motivationen für einen Abstand zur Demokratie äußerst komplex sind. Die folgenden Typen der Demokratiedistanz wurden unter Zuhilfenahme sozialpsychologischer Charakteristika definiert und beschrieben:

- **Demokratiegleichgültige**
- **Rigider Demokratieverdrossene/-skeptische**
- **Demokratiefeindliche**

Mit dem Begriff der Demokratiegleichgültigkeit wird eine grundlegende individuelle Fremdheit zum Politischen und Gesellschaftlichen beschrieben. Demokratiegleichgültige stellen sich politisch-demokratischen Prozessen wie auch demokratischen Normen und Werten gegenüber gleichgültig. Demokratiegleichgültige wissen häufig nicht um das Politische ihres Alltages. Politik erscheint ihnen wie ein unbekanntes Berufsfeld unter anderen Berufsfeldern. Gleichgültige würden Sätze verwenden wie „In der Politik kennen sich andere besser aus als ich; und sollten sie daher auch besser ausüben.“ „Ich mische mich nicht ein.“ Oder „Politik ist ein Geschäft, von dem ich nichts verstehe.“ Gesellschaftliche Entwicklungen werden als solche gar nicht wahrgenommen, sondern erscheinen ihnen wie Verhängnisse oder Naturgewalten. Dieser Fatalismus führt zu einem stark konformistischen Verhalten. Gleichgültige richten ihre Verhaltensweisen nach dem vermeintlichen Verhalten der Mehrheit. Ohne Enthusiasmus oder emotionale Aufwallungen macht der/die Gleichgültige das, was alle anderen auch zu machen scheinen. Selbst epochale gesellschaftliche oder politische Veränderungen werden hingenommen, wenn sie als „normal“ gelten. D.h., dass sie auch der Demokratie gegenüber indifferent bzw. leidenschaftslos (in Befürwortung wie Ablehnung) gegenüberstehen.

Anders lassen sich die rigiden Demokratieverdrossenen bzw. -skeptischen beschreiben, da sie sich (wirklichen oder vermeintlichen) gesellschaftlichen und politischen Prozessen gegenüber emotional, abwehrend-leidenschaftlich verhalten. Rigide Demokratieverdrossene zeichnen sich durch ein

i. d. R. konstantes Fernbleiben von den „klassischen“ politischen Partizipationsmöglichkeiten der repräsentativen parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik aus. Ob ihre Abstinenz von permanenten, zeitaufwendigen und auch häufig frustrierenden repräsentativen Demokratieprozessen auf Unlust, Zeitknappheit, psychische „Kraftlosigkeit“, mangelnde oder negative Erfahrungen mit Partizipationsangeboten oder auf weitere Ursachen zurückzuführen ist, muss noch eingehender studiert werden. Ihre Demokratiedistanz drückt sich nicht zwingend durch eine ökonomische Deprivation, wohl aber durch eine Neigung zur Abwehr von Veränderung bei gleichzeitigem Ohnmachtsgefühl gegenüber unverstandenen Prozessen und Angst vor sozialem Statusverlust aus.

Die Abneigung, sich an den „klassischen“ demokratischen Prozessen zu beteiligen, was eine gewisse Grundbereitschaft zu Kompromiss und Toleranz anderen Meinungen gegenüber voraussetzt, geht einher mit einer stark ausgeprägten Rigidität des Denkens und einer Unlust sich in die Position anderer Menschen hineinzusetzen und Verständnis aufzubringen. Es mangelt zugleich häufig auch an der Fähigkeit, eigene Wünsche, Bedürfnisse und Interessen zu bestimmen und zu artikulieren. Dieser Widerspruch zwischen einer Unfähigkeit zur Definition eigener Interessen auf der einen Seite und auf der anderen einer harschen Ablehnung („Meckern“, „Schreien“) eines Systems, das der eigenen Wahrnehmung zufolge, ‚nichts für den kleinen Mann tut, sondern nur für die da oben und die Ausländer gut ist‘, führt zu einer Lähmung des eigenen politischen Engagements, zur Ablehnung des bestehenden Demokratiesystems und – wenn Möglichkeiten des Ausagierens in der Öffentlichkeit angeboten werden – ggf. zur psychischen Auslagerung des eigenen unverstandenen Unbehagens als Aggression gegen andere (die bspw. Rechtspopulist_innen ihnen anbieten), die wenig mit der Verursachung des eigenen Unbehagens zu tun haben. In Wahrheit wird der schwierige Weg eines wirklichen Handelns gegen „die da oben“ gescheut; ihre Elitenempörung ist trotz aller Intensität entweder unscharf oder richtet sich ausgerechnet gegen diejenigen, die eher für mehr Partizipation stehen (Müller 2016).

Verdross resultiert hier also eher nicht bspw. auf einer persönlichen Erfahrung der Zurückweisung durch demokratische Akteure in der Vergangenheit; ein demokratisches politisches Engagement (etwa in Parteien, Vereinen, Gewerkschaften etc.) hat es zuvor aus Unlust eher nicht gegeben. Verdross wird nicht nur durch „äußere“ negative Erfahrungen, sondern auch durch eine „innere“ demokratieskeptische Grundhaltung verursacht, die sich durch Rigidität/Starrheit im Denken, Intoleranz, Neigung zu Dog-

matismus und Stereotypie auszeichnet (Adorno u. a. 1973, S. 55ff.). Ein ‚vorurteilsfreundlicher‘ gesamtgesellschaftlicher Diskurs (etwa in den Medien) liefert den Demokratieskeptischen die Stichworte, das „Oberflächenressentiment“ (ebd. S. 315ff.), für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) im Denken und Handeln.

Aus diesem Grunde werden *rigider Demokratieverdruss* und *Demokratieskepsis* synonym zu verwenden sein. Unter diese Kategorie sind also vermutlich einige derjenigen Menschen zu subsumieren, die in den Medien treffend, aber doch unscharf als „Wutbürger“ bezeichnet werden.

Aufgrund der emotionalen Sprunghaftigkeit und der Unlust zu denken, ist verschwörungstheoretisches Denken bei rigiden Demokratieskeptischen zwar möglich, führt in solchen Fällen tendenziell aber nicht zu einer ausgefeilten, weltanschaulich politischen Programmatik oder Esoterik. Affekt, Widersprüchlichkeit und häufig auch Verwirrung prägen das Erscheinungsbild dieses Typs. Gegenüber demokratischen Strukturen, Regeln und Institutionen herrscht ein instrumentelles Verhältnis: Wenn die eigene Position durchgesetzt werden kann, werden demokratische Strukturen genutzt. Gibt es Widerstand gegen die eigene Position, wird man gezwungen, sich mit Menschen, anderer Herkunft, Meinung, anderen Lebensstils etc. auseinanderzusetzen, wird die Auseinandersetzung gemieden und Demokratie als solche angezweifelt. Dann ist davon die Rede, dass ‚das Volk nicht mehr gehört‘ werde, wobei Volk und eigene Position in eins fallen.

Demokratiefeindliche dagegen zeigen nicht nur individuell stabile Weltbilder und Aktivitäten (gegen demokratische Strukturen, Regeln, Ordnungen etc.). Sie besitzen eine Haltung – in diesem Sinne besitzen sie eine Weltanschauung. Anders als rigide Demokratieskeptische, streben Demokratiefeinde, mit festen ideologischen Vorstellungen, die Abschaffung demokratischer Verhältnisse an. Menschen, die als Demokrat_innen verstanden werden, werden angefeindet. Demokratiefeindliche unterscheiden sich deutlich von *rigiden Demokratieskeptischen* durch eine Bereitschaft, psychische und intellektuelle Energie und Zeit in die Anfeindung der Demokratie zu investieren. Die Ablehnung der Gleichwertigkeit aller Menschen ist nicht nur affektiv, sondern wird rationalisiert, etwa in ausgearbeiteten Verschwörungstheorien und/oder biologistischen, fatalistischen etc. Welt- und Geschichtsbildern. Dies bedeutet auch, dass Demokratiefeinde durchaus ein großes Interesse an Politik und auch an politischer Organisation aufweisen.

Wie sich im Verlaufe des Forschungsprozesses zeigte, ist die hier vorgelegte Typenbildung in der gewünschten Tiefe mit quantitativen Daten nicht

möglich und erfordert tiefergehende qualitative Interviews. Ähnliches lässt sich für die nachfolgend beschriebene Zwischengruppe der Entfremdeten feststellen, weil bei Ihnen ein Prozess der Entfremdung zur Demokratie im zeitlichen Verlauf konstitutiv ist.

Die Zwischengruppe der Entfremdeten

Zwischen Demokratieaffinen und Demokratiedistanzierten ist eine Zwischengruppe zu vermuten, die heute demokratiedistanziert ist, sich aber in der Vergangenheit engagiert hat. Ebenso könnten dazu heute unpolitische zählen, welche sich früher stärker engagiert haben.

Zu den Demokratieentfremdeten sind also diejenigen zu zählen, die durch negative Erfahrungen mit politischem Engagement jede Aktivität nachhaltig eingestellt haben. Ebenso wie diejenigen, denen durch soziale und/oder kulturelle Deprivation der Zugang zu demokratischen Beteiligungsprozessen versperrt worden ist, obwohl sie potenziell der Demokratie positiv zugeneigt waren; und es heute unter veränderten Bedingungen sein könnten. Sie waren evtl. einst die ehemals Hoffnungs- und Erwartungsfrohen, die ehemals Engagierten, deren Vertrauen in die bundesdeutsche Realität der Demokratie nicht gerechtfertigt oder deren Engagement durch systemische ‚Reibungsverluste‘ aufgegeben wurde. Würde und Lebensqualität können durch enttäuschende, kränkende und/oder diskriminierende Politik und Verhältnisse infrage gestellt oder verletzt worden sein.

Die Entfremdung zwischen Individuum und real existierender gesellschaftlicher Ordnung ent- und besteht beiderseitig: einerseits hat das Individuum die Hoffnung auf Wirksamkeit, Würde und Verbesserung durch Engagement und Vertrauen in die politischen Akteure verloren; andererseits schreibt das etablierte demokratische System die Demokratieentfremdeten bereits ‚routinemäßig‘ ab und zeigt bisweilen demonstratives Desinteresse oder gar Abneigung gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen⁴. So richten politische Parteien ihre Programme schon gar nicht mehr an den Interessen und Bedürfnissen dieser Menschen aus– sie werden also politisch nicht mehr repräsentiert.⁵ Insofern sind Menschen dieser Form der Distanz

⁴ Erinnert sei an die Debatten um die Arbeitslosenversicherung bzw. „Arbeitsmarktreformen“ zu Beginn der 2000er Jahre. Vgl. etwa Kaufmann, Matthias (2013).

⁵ Seit den 1970er Jahren sinkt die „Wahlabsicht“ der Wähler_innen, die zu den einkommensschwachen und/oder „bildungsfernen“ Bevölkerungsteilen gehören. „Bei „Ge-

auch die „Unsichtbaren“ sowie die „Ausgestoßenen“, die sich folglich nicht nur aus freier Entscheidung zurückgezogen haben, sondern außerdem von der Öffentlichkeit und etablierten politischen Parteien und Organisationen ignoriert werden oder herausgedrängt wurden, etwa durch Diskriminierung, Würdeverletzungen und soziale und / oder kulturelle Marginalisierung.

Aufgrund des hohen Anteils der Marzahn-Hellersdorfer Bevölkerung mit DDR- bzw. ostdeutscher Biografie ist ein besonderer Fokus auf die Wirkungen der Erfahrungen vor und nach dem Zeitembruch von 1989 zu richten. Der Beitritt der DDR zum Bundesgebiet 1990 hatte auch für die Bevölkerung des Bezirkes individuell verschiedene und zugleich gemeinsame Erfahrungen des Umbruchs zur Folge. Dies betrifft Bereiche wie die Repräsentanz Ostdeutschlands in der nun bundesdeutschen öffentlichen Meinung (Ahbe u. a. 2009), die Erfahrungen der Neubewertung von Biografien (etwa im Ausbildungs- und Arbeitsbereich), die Erfahrungen mit dem Neuaufbau eigener demokratischer Strukturen oder der abrupten Einführung bundesdeutscher Strukturen in Verwaltung und Politik. Es betrifft Erfahrungen mit einem blitzartigen und nachhaltigen Eliteaustausch in allen gesellschaftlichen Bereichen (Wollmann u. a. 1997). Es betrifft (positiv oder negativ) einschneidende Betroffenheit von massiven demografischen, sozialen und ökonomischen Veränderungen. Umbruch und Transformationsprozess konnten in vielen Fällen politische Aktivität auslösen und / oder radikal und nachhaltig beenden. Die Erfahrung „einer *exogenen Top-down-Transformation* [des Gemeinwesens] nach dem Vorbild der alten Bundesrepublik im Sinne einer *Blaupause*“ (Kollmorgen 2009, S. 92f.) kann dabei als kollektive Erfahrung auch der Marzahn-Hellersdorfer_innen bezeichnet werden. Dieser komplexe Transformationsprozess hat zu nicht unerheblichen Teilen zu Demokratieentfremdungen beigetragen. Menschen in Marzahn-Hellersdorf, die aufgrund ihres gegenwärtigen Abstandes zur Demokratie der Demokratiedistanz zuzuordnen wären, könnten hypothetisch potentielle Träger der für den Bezirk so häufig vermissten Zivilgesellschaft, die demokratiegefährdende Phänomene bekämpft, sein (Hannemann 2016, S. 8ff.).

Der Hypothese von der besonderen Gruppe der Demokratie-Entfremdeten beinhaltet zentrale Aspekte, die sie von den anderen Typen des Demo-

ringverdienern [...] und Personen mit Hauptschulabschluss bricht die Wahlabsicht [seit den 1970er Jahren] ein, während sie bei Oberschichtangehörigen und Personen mit Abitur stabil geblieben ist. Die Wahrscheinlichkeit, dass Gutverdiener und Akademiker aus Parteien- und Politikverdrossenheit nicht zur Wahl gehen, ist also geringer.“ (Schäfer 2010).

kratieverhältnisses unterscheidet. Anders als in den übrigen Gruppen wurde hier an zentraler Stelle eine zeitliche Komponente in die Begriffsbildung eingewoben. Zugleich – das zeigt auch der quantitative wie qualitative Befund – lassen sich für die Zwischengruppe zahlreiche Schnittmengen zwischen der demokratieaffinen Gruppe der Kritisch-Unpolitischen und der demokratiedistanzierten Gruppe der Demokratiegleichgültigen, vielleicht sogar der Demokratie-Verdrossenen feststellen. Durch die zeitliche Dimension wird, stärker als in den anderen Gruppen, eine biografische Bewegung weg von der Affinität zu und Aktivität in der Demokratie deutlich, sodass eine einmalige quantitativ-statistische Erhebung an ihre Grenzen stößt, wohingegen die qualitative Erhebung deutlicher in der Lage ist, die Konturen dieser ‚biografisch-dynamischen‘ Gruppe adäquater zu beschreiben. Mit dieser bereits in der Theorie eingepreisten Unschärfe muss zwar gerechnet werden. Dennoch scheint auch nach Sichtung des empirischen Materials die begriffliche Bildung dieser Gruppe der besonderen Wirklichkeit in Ostdeutschland Rechnung zu tragen.

Aufbau des Berichts

Im weiteren Verlauf stellt Andrea Metzner das Vorgehen und die Ergebnisse der quantitativen Befragung dar. Raiko Hannemann schließt mit der qualitativen Forschung an. Abschließend gibt Heinz Stapf-Finé auf der Grundlage der Erkenntnisse Empfehlungen an Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft und formuliert einen Vorschlag zu einem Verfahren der sozialräumlichen Demokratieentwicklung.

Gedankt sei an dieser Stelle den weiteren Mitgliedern des Forschungsteams, ohne deren tatkräftige Unterstützung das Forschungsprojekt nicht möglich gewesen wäre: Michael Brodowski, Lars Conrad, Daniel Geidel, Sven Gramstadt, Stefan Komoß, Sevinç Kuzuoğlu, Anna Kramer, Jeannine Löffler, Paula Moldenhauer und Carlotta Stockmayer-Behr.

Zu danken ist außerdem den Teilnehmenden an der Probeerhebung im Frühjahr/Sommer 2017 sowie den Jugendfreizeiteinrichtungen, den Teilnehmenden (Mitglieder des *Bezirklichen Bündnisses für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf*) am Pretest für den Fragebogensurvey im Sommer/Herbst 2017, den Teilnehmenden an der eigentlichen Fragebogenumfrage im November 2017 und insbesondere den Interviewpartner_innen bei den Einzelinterviews im Frühjahr/Sommer 2018.

Zu danken ist fernerhin der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin, der Alice Salomon Hochschule Berlin und dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf für die gute Zusammenarbeit.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1973): Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a. M..
- Ahbe, Thomas / Gries, Rainer / Schmale, Wolfgang (Hg.) (2009): Die Ostdeutschen in den Medien: das Bild von den Anderen nach 1990, Leipzig.
- Bever, Arlen / Brodowski, Michael / Henßler, Vera / Misbach, Elène / Stapf-Finé, Heinz (2015) „Sozialräumliche Demokratieentwicklung – Das Beispiel Marzahn Hellersdorf“, Logos Verlag Berlin.
- Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Gießen. Download: <https://www.otto-brenner-shop.de/publikationen/weitere-publikationen/shop/die-enthemmte-mitte.html> [23.06.2016].
- Decker, Oliver / Brähler, Elmar (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen.
- Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar (2014): Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, Leipzig. Download: http://www.uni-leipzig.de/~kredo/Mitte_Leipzig_Internet.pdf [14.07.2014].
- Decker, Oliver / Rothe, Katharina / Weissmann, Marliese / Geißler, Norman / Brähler, Elmar (2008): Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland. Bonn.
- Der Bundeswahlleiter: Wahlergebnisse in Berlin bei der Bundestagswahl 2017; <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/bund-99/land-11/wahlkreis-85.html> [5.6.2019].
- Der Bundeswahlleiter: Wahlergebnisse in Berlin bei der Europawahl 2019; <https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019/ergebnisse/bund-99/land-11/kreis-11000.html> [5.6.2019].
- Dewey, John (1916): Democracy and Education. An Introduction to the Philosophy of Education. New York.
- Dewey, J. (1946): The Public and its Problems, Chicago.
- Feldmann, Klaus (1979): MEAP – Eine Methode zur Erfassung der Alltagstheorien von Professionellen. In: Schön, Bärbel / Hurrelmann, Klaus (Hg.): Schullalltag und Empirie. S. 179–196. Weinheim.
- Hannemann, Raiko / Komsoß, Stefan / Metzner, Andrea / Moldenhauer, Paula / Stapf-Finé, Heinz (2017): Demokratienähe und -distanz. Zwischenbericht mit Empfehlungen an die Politik. Aus dem Forschungsprojekt: „Demokratiefeine Einstellungen in einer Kommune. Das Beispiel Marzahn-Hellersdorf“. Berlin. <https://opus4.kobv.de/opus4-ash/frontdoor/index/index/docId/177> [21.5.2019].

Auf dem Weg zu einem „inkluisiven Wir“?

Forschungsbericht zur quantitativen Erhebung

1. Einleitung

Das Forschungsprojekt „Demokratiefeerne Einstellungen in einer Kommune. Das Beispiel Marzahn-Hellersdorf“ untersuchte die Haltungen der Bewohner_innen des Bezirks zu Demokratie und Beteiligung aber auch zum Bezirk selbst.

Ziel der Untersuchung ist es, besser zu verstehen, weshalb sich Menschen von der Demokratie (als Herrschaftsform, als Gesellschaftsform, als Lebensform (*Himmelman* 2004, S. 7–10)) entfernen aber auch, weshalb sich andere für die Demokratie und ein demokratisches Alltagshandeln engagieren. Bürger_innen des Bezirks wurden sowohl qualitativ als auch quantitativ befragt.

Im Folgenden werden Befunde der quantitativen Befragung vorgestellt. Zunächst werden die Ergebnisse hinsichtlich der Haltung zur Demokratie, zu Beteiligung, demographischen Angaben, politischen und historischen Umbrüchen, persönlichen Erfahrungen und zur Haltung zum Bezirk Marzahn-Hellersdorf dargestellt.

Aus den Befragungsbefunden wurde eine Unterteilung in vier verschiedene Demokratietypen unternommen, die erläutert und vorgestellt wird. Ziel dieser Klassifikation ist es, differenziertere Handlungsempfehlungen an Politik und interessierte Zivilgesellschaft geben zu können sowie möglicherweise weiteren, spezifischen Forschungsbedarf zu identifizieren.

2. Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf

In dem im Nordosten Berlins liegenden Bezirk leben rund 267.000 Einwohner_innen. Marzahn-Hellersdorf grenzt zur Stadt hin an Lichtenberg und Treptow-Köpenick. Im Norden befinden sich die brandenburgischen Landkreise Märkisch-Oderland und Barnim.

Der Bezirk besteht aus den ehemaligen Dörfern Biesdorf, Hellersdorf, Mahlsdorf, Marzahn und Kaulsdorf, die 1920 eingemeindet wurden.

Marzahn-Hellersdorf steht oft synonym für (ostdeutsche) Großwohnsiedlungen¹ und damit assoziierte Problemlagen. Tatsächlich gibt es im Bezirk vielfältige Probleme wie Armut, Fremdenfeindlichkeit, hohen Zuspruch für rechtspopulistische bis extrem rechte Ideen und Gruppierungen sowie ein hohes Maß an Politikverdrossenheit.²

Gleichzeitig leben fast 30 % Marzahn-Hellersdorfer_innen in Siedlungsgebieten (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2017a, S. 5), in denen vor allem Einfamilienhäuser mit Gärten das Bild dominieren. Die SGB-II-Quote liegt in diesem Raum bei den unter 65-Jährigen bei 5 %, in den Großsiedlungen bei 30 %. (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2017b, S. 4).

1979 wurde der Bezirk Marzahn gegründet. Gleichzeitig wurde in reger Bautätigkeit mit der Errichtung der bis heute prägenden Großwohnsiedlungen begonnen. 1986 ging Hellersdorf aus einer Bezirksteilung hervor. Die Bezirksreform 2001 einte Marzahn-Hellersdorf wieder zu einem Bezirk. (Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf o. J.).

In der damaligen DDR gab es auch noch in den 1970ern – als eine Folge des zweiten Weltkriegs – einen massiven Wohnraumangel. Dieser sollte nach einem Beschluss des VIII. Parteitag der SED (1971) bis 1990 beseitigt werden. Die neu entstandenen Wohnungen wurden dabei vorrangig an junge Familien vergeben. Die Belegung erfolgte also nicht nach sozialem Status. (*Fritsche/Lang* 2007, S. 16ff; *Harlander* 2012).

Ein Interviewpartner beschreibt seine katastrophale Wohnsituation sehr eindrücklich:

¹ Vgl. *Hannemann* 2019, im Erscheinen. Immer wieder greifen Medien das Klischee vom Problembezirk auf: Z. B. „Platte Attitüden“ (*Messmer* 2012), „Meine Oase aus Beton“ (*Malter* 2015) oder auch Kunstfiguren wie Cindy aus Marzahn.

² Der Bezirk hat die höchste durchschnittliche Haushaltsgröße und den größten Anteil Alleinerziehender (40,6 %, Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf 2017b, S. 6). Obwohl das mittlere monatliche Haushaltsnettoeinkommen mit 1700 € nur etwa 50 € unter dem Berliner Durchschnitt liegt, steht den Bewohner_innen des Bezirks aufgrund der größeren Haushalte pro Kopf weniger Geld zur Verfügung (ebd., S. 8). Marzahn-Hellersdorf hat mit 41 % Kinderarmutsquote den vierthöchsten Wert unter den Berliner Bezirken (ebd. S. 13). Zu den demokratiefeindlichen, rassistischen, rechtsextremen Aktivitäten im Zuge der Eröffnung von Unterkünften für Geflüchtete vgl. *Bever et al.* 2015, S. 119–168. Erfasste rechtsextreme und diskriminierende Vorfälle werden im Jahresbericht für Demokratieentwicklung veröffentlicht (Stiftung SPI 2017). Die Wahlbeteiligung in Marzahn-Hellersdorf liegt im berlinweiten Vergleich am niedrigsten (Bundestagswahl 2017 69,3 %, *Wahlen-Berlin.de*) und die AfD erzielte die höchsten Ergebnisse (Bundestagswahl 2017 21,6 % Zweitstimmen, ebd.).